Regierungsratsbeschluss

vom 11. Januar 2005

Nr. 2005/73

KR.Nr. I 256/2004 (DDI)

**Interpellation Fraktion SP: Situation im Kanton Solothurn zwei Jahre nach Inkraft-treten der Anstossfinanzierung des Bundes (15.12.2004);
Stellungnahme des Regierungsrates**

1. Vorstosstext

Seit Februar 2003 ist das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft. Das Ziel der Anstossfinanzierung, genügend familienergänzende Betreuungsplätze in der Schweiz zu schaffen, wird nach den neusten Meldungen nicht erreicht. Viele Projekte können wegen fehlender finanzieller Unterstützung von Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft nicht realisiert werden oder sind bereits in der Anstossphase mangels Unterstützung gefährdet.

Auch im Kanton Solothurn können die Bundesgelder nicht wie geplant abgeholt werden. Auf kantonaler Ebene fehlt es an Grundlagen, um die Finanzierung dieser gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich notwendigen und wertvollen Institutionen zu sichern und damit die Anstossfinanzierung auszulösen. Doch nicht nur neu entstandene Kindertagesstätten ringen um ihr Fortbestehen. So sind der Öffentlichkeit drei Institutionen bekannt, deren Zukunft mangels oder wegen gefährdeter Unterstützung ungewiss ist. Zudem konnte, trotz der Entstehung neuer Betriebe, nur eine neue Lehrstelle im ganzen Kanton geschaffen werden, weil die durch den Kanton festgelegten Rahmenbedingungen nicht den Anforderungen eines Lehrbetriebes genügen.

Die SP Fraktion ist über die bestehende Situation beunruhigt und sieht Handlungsbedarf. Aus diesem Grund bittet sie den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit wie vielen neuen familienergänzenden Betreuungsplätzen hat der Regierungsrat im Zuge der Anstossfinanzierung gerechnet, und wie weit konnte das Angebot in den letzten zwei Jahren in unserem Kanton tatsächlich erweitert werden?
2. Wie viele der neuen Betriebe werden in den nächsten sechs Jahren wirklich – wie durch das Bundesgesetz vorgeschrieben – finanziell gesichert sein und dadurch auch fortbestehen können?
3. Ist dem Regierungsrat die schwierige Situation der teilweise neu entstandenen, sowie von schon vorher bestandenen Institutionen bekannt und was unternimmt er dagegen?
4. Ist der Regierungsrat über die fehlenden Lehrstellen und den Mangel an qualifiziertem Personal im Bereich Kinderkrippen orientiert und welche Massnahmen gedenkt er diesbezüglich einzuleiten?
5. Was ist die jetzige Meinung des Regierungsrats zu einer gesetzlichen Regelung der familienergänzenden Betreuungsangebote um dieses in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht zu sichern?

2. Begründung (Vorstosstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Zu Frage 1:

Mit dem Globalbudget für das AGS hat der Kantonsrat als Indikator für den Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung die Anzahl der jährlich neu zu schaffenden Plätze auf 20 festgelegt. Dieser Indikator wurde in den Jahren 2003 mit 110 und 2004 mit 46 neuen Plätzen übertroffen. Mit der Bundesanstossfinanzierung und privater Initiative sowie Engagements von Einwohnergemeinden und Begleitung durch den Kanton konnte das Angebot an Betreuungsplätzen bisher deutlich und über den Erwartungen erweitert werden.

3.2 Zu Frage 2:

Im Rahmen der Bundesanstossfinanzierung prüft der Bund die Bonität einer Kindertagesstätte anhand von Rechnung und Budget sowie weiterer Unterlagen wie beispielsweise Beteiligung in der Trägerschaft, Konzept, Personal- und Tarifgestaltung, Bedarfsbeurteilung durch den Kanton etc. Subventionen erhält nur, wer u.a. durch Zusagen der öffentlichen Hand und/oder der Wirtschaft eine langjährige Sicherung des Betriebs glaubhaft machen kann. Da heute aber kaum noch im voraus Defizitgarantien über Jahre hinaus gesprochen werden, ist für die Vergabe von Bundesgeldern letztlich eine *Prognose* über die Nachhaltigkeit massgebend. Dass dabei nicht alle Unwägbarkeiten und konjunkturellen sowie gesellschaftlichen Entwicklungen über einen Zeitraum von sechs Jahren einkalkuliert werden können, versteht sich von selbst. Deshalb kann heute nicht endgültig gesagt werden, wieviele der Betriebe tatsächlich nach sechs Jahren fortbestehen werden.

Wir gehen allerdings davon aus, dass die Prognosen des Bundes im Ganzen realistisch sind und dass die Nachfrage am Betreuungsangebot anhält, so dass auch in Zukunft jeweils vor Ort eine Lösung für die finanzielle Sicherung einer bestehenden Kindertagesstätte erarbeitet werden kann. Es wird in erster Linie Sache der Einwohnergemeinden und namentlich der Stimmberechtigten in den Einwohnergemeinden sein, allenfalls fördernd und unterstützend mitzuwirken. Wie in andern Leistungsfeldern auch wird die gesellschaftliche Notwendigkeit Garantin dafür sein, dass bestehen bleibt, was bestehen bleiben muss.

3.3 Zu Frage 3:

Uns sind gewisse finanzielle Schwierigkeiten der neu entstandenen aber auch von vorbestehenden Institutionen bekannt. Die jüngste Umfrage über die familienergänzenden Betreuungsangebote im Kanton Solothurn im Jahr 2004 hat ergeben, dass „in den Städten“ 89% der Institutionen öffentlich unterstützt werden, während der Anteil „auf dem Land“ nur gerade 50% beträgt. In ländlichen Regionen besteht zweifellos noch Handlungsbedarf. Ein Teil der Probleme ist allerdings auch hausgemacht. Zum einen fehlt es noch am gesellschaftlich-politischen Problembewusstsein; häufig verfügen die Trägervereine und die Kinderkrippenleiterinnen über wenig betriebswirtschaftliche Kenntnisse und der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit wird geringe Bedeutung zugemessen. Zudem wirken die Kostenfolgen wegen teilweise übertriebenen Personaldotierungen und -anforderungen sowie perfektionistischen Qualitätsstandards bremsend für die Entwicklung. Gerade für diejenigen Eltern oder Elternteile, welche für ihre Kinder auf Tagesstätten angewiesen sind, werden dadurch die Beiträge – auch im Verhältnis zu Tageseltern zu hoch. Laut Umfrage 2004 wird auch die immer wieder geforderte „Vernetzung“ von mehr als der Hälfte der Institutionen gar nicht verpflichtend gewünscht.

Wie schon in der Beantwortung mehrerer parlamentarischer Vorstösse ausgeführt, sei erneut wiederholt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung nach der Aufgabenreform soziale Sicherheit grund-

sätzlich ein kommunales Leistungsfeld ist. Der Kanton verfügt im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung über keinen Kredit; hingegen leistet er Hilfe im Rahmen seiner Bewilligungs- und Aufsichtspflichten. Mit der u.a. im Zusammenhang mit der Bundesanstossfinanzierung neugeschaffenen 50%-Stelle einer Fachmitarbeiterin soziale Dienste beim AGS konnte die Beratung im Kinderbetreuungsbereich stark intensiviert werden. Ziel der Arbeit ist die Sicherung der Betreuungsangebote einerseits durch logistischen Support, Verbesserung des Bewilligungs- und Aufsichtsbereiches und andererseits durch kleinere Finanzhilfen aus Fonds-Mitteln und Sammlungen im Einzelfall. So wurde der Ertrag aus der Bettagskollekte 2004 schwerpunktmässig Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung gewidmet.

3.4 Zu Frage 4:

Nur 35% der solothurnischen Institutionen gehören dem Schweizerischen Krippenverband (SKV) an und sind dadurch „berechtigt“, Kleinkindererzieherinnen auszubilden. Auch wenn wir es begrüßen, dass die entsprechenden Institutionen dem SKV beitreten, fragt es sich, ob dieses Erfordernis der Zugehörigkeit zu einem Verband auf Dauer sachlich gerechtfertigt ist. Auch die Mehrheit der 65% von Institutionen, welche nicht dem SKV angehören, erbringen gute Leistungen und werden mit fachlich spezifisch ausgebildeten Mitarbeitenden (Kinderkrippenleiterin, Kleinkindererzieherinnen) oder gleichwertig ausgebildeten Fachkräften (Kindergärtnerin, Kinderkrankenschwester, Primarlehrerin etc.) geführt. Diese hochschwellige Ausbildung soll zudem ergänzt werden durch eine neue bundesanerkannte Ausbildung der „sozialen Lehre“, welche überdies eine grössere Tätigkeitspalette im Berufsleben eröffnen würde. Wir gedenken daher nicht, besondere Massnahmen einzuleiten, die über die Angebote des Bundes und des Kantons im Rahmen der Berufsbildung hinausgehen.

3.5 Zu Frage 5:

Im Entwurf des Sozialgesetzes wird die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung als kommunales Leistungsfeld erstmals gesetzlich in Form einer Kann-Formulierung verankert. Auch mit der Zuweisung eines Leistungsfeldes zu einem Gemeinwesen soll der Bereich der ausserfamiliären Betreuung hauptsächlich privater Initiative unterliegen. Gefordert sind dabei hauptsächlich die Wirtschaftsverbände, namentlich économie suisse, welche die Anstossfinanzierung lanciert haben. Von ihnen und den Unternehmen vor Ort erwarten wir dafür substantielle finanzielle Beiträge, die leider bis heute nur in bescheidenem Mass eingetroffen sind. Das Gemeinwesen hilft unterstützend und ergänzend. Bezüglich Sicherung der Betreuungsangebote in quantitativer Hinsicht spräche daher – ausser der Abkehr von der Subjektfinanzierung – nichts dagegen, wenn sich die Einwohnergemeinden auf einen Lastenausgleich für gewisse Sockelkosten der Institutionen einigen könnten oder aber einen Pro-Kopf-Beitrag für die Subventionierung von familienergänzenden Betreuungsangeboten beschliessen würden. Auch in qualitativer Hinsicht könnten sich die Einwohnergemeinden und Unternehmen auf Qualitätsstandards einigen.

Der Kanton prüft die Qualität im Rahmen des Betriebsbewilligungsverfahrens durch das jeweilige Oberamt weitgehend nach den Richtlinien des SKV. Der Kanton gewährleistet jedoch Minimalstandards und wendet daher diese Richtlinien einer privaten Institution nicht sklavisch an. Das Vorgehen hat sich bis anhin bewährt. Die Institutionen der familienergänzenden Familienbetreuung erbringen ihre Leistungen gut, kindgerecht und mit viel persönlichem Engagement. Die bestehenden Instrumente – die sachte weiterentwickelt werden – genügen, um auch in Einzelfällen korrigierend einschreiten zu können.

K. Fuwami

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Departement des Innern

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (3, BRU/ARB/Ablage)

L:\sod\familien\feb\anstossfin. Übersicht\01-Interpellation Fraktion SP.doc

Aktuarin SOGEKO

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat